

Voraussetzungen für eine effiziente Oppositionspolitik : kopflose Parteileitung?

Autor(en): **Strahm, Rudolf H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340105>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

mentieren vermag, äussert er sich ablehnend zur SP-Bundesratsbeteiligung und kritisiert darüber hinaus die elektoralistische Schlagseite der Partei.

Nach diesen Beiträgen folgen drei Interviews. Das Gespräch mit dem eben 75 Jahre alt gewordenen langjährigen SP-Nationalrat und VPOD-Sekretär *Max Arnold* setzt ein mit den 50er Jahren. Er äussert die Ansicht, die Flucht aus der Opposition in die Regierung sei damals ebenso falsch gewesen, wie es eine Flucht aus der Regierung in die Opposition heute sei. Obwohl er grundsätzlich die SP-Bundesratsbeteiligung gutheisst, ist er doch betroffen von der bürgerlichen Arroganz und macht Vorschläge für ein Konkordanzmodell, in dem die SP auch ihre Stärke dokumentieren könnte.

Der in den 50er Jahren noch der PdA angehörende und seit Beginn der 60er Jahre im Kanton Neuenburg und auf Bundesebene in der SP politisierende *René Meylan* stellt aufgrund einer nüchternen Kosten-Nutzen-Analyse fest, die SP solle sich heute für einen Austritt aus dem Bundesrat entschliessen. Die Regeneration der Partei in der Opposition könne zu jener neuen Glaubwürdigkeit führen, deren die Partei so dringend bedürfe; eine anpasserische Politik helfe demgegenüber in der heutigen Situation nicht weiter. Im Interview mit *Hans Schäppi*, GTCP-Sekretär in Basel, werden die Zusammenhänge zwischen der Verschärfung der Verteilungskämpfe und der Verhärtung der politischen Fronten deutlich. Zentrales Problem einer Oppositionspolitik ist aus der Sicht des linken Gewerkschafters die Mobilisierung. Die Verhandlungsstärke ist vor allem durch die Wirksamkeit dieser Mobilisierung bedingt und weniger durch die Besetzung institutioneller Positionen.

Die abschliessende *Dokumentation* gliedert sich in 2 Teile. In einem ersten, aktuellen Teil kommen Stimmen zu Wort, die einen Bestandteil der öffentlichen und SP-internen Auseinandersetzung um die SP-Bundesratsbeteiligung bildeten. Unter anderem wird das TV-Interview mit *Max Frisch* vom 13. Dezember, die Kontroverse *Peter Hablützel* — *Toya Maisen* und die Überlegungen *Rue-*

di Strahms zum innern Zustand der Partei abgedruckt. Im zweiten Teil der Dokumentation sind Quellen zur historischen Auseinandersetzung um die SP-Bundesratsbeteiligung zu finden. Ebenso werden die wichtigsten Positionen der Debatte in den ausgehenden 1970er Jahren dokumentiert.

Ruedi Brassel, Bernard Degen, Andreas Gross, Jakob Tanner

Voraussetzungen für eine effiziente Oppositionspolitik

Kopflöse Parteileitung?

Von Rudolf H. Strahm, Zentralsekretär des SPS

Das Tempo, mit dem die Mehrheit in der SPS-Parteileitung von massiver Gegnerschaft zur flammenden Befürwortung des Bundesratsaustritts gewechselt hat, war atemraubend. Aber bei diesem raschen Meinungsumschwung hat man kaum Zeit gefunden, über die Oppositionsrolle der Sozialdemokratischen Partei in der nächsten Etappe Vorstellungen zu entwickeln.

Wenn wir am 11./12. Februar 1984 den Bundesratsaustritt beschliessen, dann werden wir diesen Schritt in die Oppositionsrolle schlecht vorbereitet tun. Wir haben kein Konzept und keine einheitliche Erwartung von Zeitdauer und Anforderungen der Wegstrecke, die vor uns liegt. Da herrschen Vorstellungen von «Traumrolle» und «Jungbrunnen» der Opposition oder Illusionen einer parlamentarischen Blockopposition, wie wir sie im englischen oder bundesdeutschen System kennen.

Im Papier der Geschäftsleitung zur Bundesratsbeteiligung sind die Vorstellungen über die zukünftigen Aufgaben der Oppo-

sition auf zwei Seiten zusammengestaucht und erst noch in den Anhang verwiesen worden; wobei auch die Angst mitgespielt haben mag, man würde durch die Nennung dieser neuen Anforderungen nach einem allfälligen Bundesratsaustritt den «Austrittspreis» optisch zu hoch ansetzen.

Ich bin überzeugt, dass die gegenwärtige Krise der Partei auch zu ihrer Chance werden kann: zur Chance für die Regeneration und Mobilisierung. Aber die Phase der Opposition wird mutmasslich zu einer langen Wüstenwanderung werden. Dies jetzt zu sagen, scheint mir ein Gebot der Ehrlichkeit. Nachdem sich offensichtlich vor dem Austrittsbeschluss viele nicht verantwortlich fühlen, die zukünftige Oppositionsrolle vorausdenken, sehe ich es als meine Aufgabe, hier einige *Voraussetzungen einer effizienten Oppositionspolitik zu nennen*. Nur wenn wir solche Voraussetzungen erfüllen, können wir die im Regierungsaustritt vorhandenen Chancen auch ausnützen.

Langer Marsch

Es ist nützlich mit der Erwartungshaltung in die Opposition zu gehen, dass ein rascher Wiedereintritt in den Bundesrat nicht möglich sein wird. Wenn wir auf einen baldigen Wiedereintritt pokern würden, müssten wir uns auf massive Konzessionen gegenüber dem Bürgertum gefasst machen.

Die SPS hat in ihrer ganzen Geschichte nie eine stärkere Wende vollzogen, und zwar eine Hinwendung zur bürgerlichen Politik, wie während der Oppositionszeit von 1954–59. Nach dem Austritt Max Webers aus dem Bundesrat hat die SP-Fraktion gar nie eine eigentliche Oppositionsstrategie zu entwickeln begonnen, und die Parteileitung hat auf einen raschen Wiedereintritt in den Bundesrat gedrängt.

Ein Wiedereintritt in den Bundesrat wird nur unter veränderten politischen Kräfteverhältnissen möglich sein. Und zwar liegt es an uns, an unserer Kleinarbeit und Ausdauer, diese Veränderungen zu erreichen. Wenn die «neuen Mittelschichten», die den «Paradigmenwechsel» vollziehen, wenn die Ökologen, neuen Bewegungen und Bürgerinitiativen stark genug geworden sind, wird ihnen, und mit ihnen der SP, der Eintritt in die Regierung nicht verwehrt werden können. Aber diese Kräfteverhältnisse verschieben sich nicht so rasch in unserem Lande. Die Sozialdemokratie in der Opposition braucht einen langen Atem!

Blockierfähigkeit

Unsere Opposition auf Bundesebene kann nicht ähnlich aussehen wie bei der POCH oder irgendwelchen originellen Ausenseitern. Knallharte Worte, schlagzeilenliefernde Interviews und originelle Sprüche verän-

dern das Bewusstsein der Menschen kaum, und sie werden bald einmal zum Ritual gehören. Wir müssen vielmehr fähig sein, einer bürgerlichen Regierung auf die Dauer das Alleinregieren zu verunmöglichen.

Wir brauchen eine Fähigkeit, jede Gesetzesänderung, die einen Sozialabbau oder eine Fehlentwicklung einleitet, per Referendum effektiv zu blockieren. Die Stärke einer politischen Gruppe in der Schweiz ergibt sich vor allem aus ihrer Referendumsfähigkeit.

Wir müssten in der Lage sein, pro Jahr ein oder mehrere Referenden durchzuziehen, neben neuen Volksinitiativen mit Reformvorstößen. Wir brauchen endlich eine schweizerische Mitgliederkartei, um rasch mit Informationen, Unterschriftenaktionen usw. an alle Parteimitglieder gelangen zu können. Wir brauchen eine Intensivierung des internen Bildungswesens und ausserparlamentarische Aktionen, die bisher gerade im Rahmen der internen Bildung thematisiert worden sind. Ich stelle übrigens — mit Verständnis und einem bisschen Irritation zugleich — fest, dass viele Aktive der parteiinternen Bildungsarbeit jetzt zu den Werbern für die Oppositionsrolle gehören. Referendumsfähigkeit bringt nicht weniger, sondern mehr Arbeit; besonders auch für die Aktivisten, für die Sektionen und für die Sekretariate.

Reformfähigkeit

Blockieren allein genügt nicht. Wir müssen auch die Reformierfähigkeit des politischen Systems verbessern und ausnützen. Wir wissen, wie die Volksinitiative auf eidgenössischer Ebene heute eine stumpfe Waffe ist (Ständemehr, Gegenvorschlag). Im Neuen Parteiprogramm von Lugano fordern wir neue, demokratische Formen

von Volksinitiativen, um das Ständemehr und das Abstimmungsverfahren mit Gegenvorschlag zu umgehen (z.B. Gesetzesinitiative). Die Bürgerlichen werden uns neue Volksrechte natürlich nicht schenken. Aber ein solches Programm für neue Volksrechte könnte zum eigentlichen Koalitionsangebot für andere Oppositionsparteien, Umweltverbände und Gewerkschaften werden.

Koalitionen und Öffnungen der Partei

Bundesdeutsche oder englische Vorbilder der Opposition gelten für die Schweiz nicht. Die Opposition wird in unserem politischen System wahrscheinlich kein einheitlicher Block sein, sondern nur in Koalitionen funktionieren. Ich sehe punktuelle Koalitionen und themenbezogene Zusammenarbeit mit Umweltorganisationen, mit Gewerkschaften, mit der katholischen Arbeiterschaft, mit andern Parteien. Es braucht gewissermassen eine neue politische Kultur der Opposition, die auf das politische System in der Schweiz zugeschnitten ist. Neben den Regierungsgesprächen braucht es neu eine Art «Oppositionsgespräche» (Ueli Götsch), und diese sollten sich im Gegensatz zum Regierungskartell durch Öffentlichkeit auszeichnen. Bisherige Partner als Verbündete behalten und zugleich neue gewinnen — dies ist eine Chance, setzt aber bei uns einen Verzicht auf Alleingänge und eine Dialogfähigkeit mit andern voraus, wie wir sie bis jetzt nicht kannten.

Partei und Fraktion

Am 11. September 1983 hat der a.o. Parteitag der SPS mit überwältigendem Mehr empfohlen, den Beitritt der Schweiz zu den Allgemeinen Kreditvereinbarungen (Zehnerclub im

IWF) abzulehnen und das Referendum dafür zu verlangen. Zehn Tage später ignorierte die Fraktion schlicht diesen Entscheid und beschloss ihr eigenes Vorgehen; die Bundesratsbeteiligung hätte keineswegs unter sagt, dem Parteitagsbeschluss nachzukommen.

Die starke parteiinterne Bewegung für den Regierungsaustritt ist nach meinem Empfinden auch motiviert durch die *Entfremdung zwischen Parteimitgliedern und Mandatsträgern*: Viele Genossinnen und Genossen haben ihre politischen Ziele und Wünsche schon seit geraumer Zeit nicht mehr im Handeln von Exekutivvertretern und Parlamentariern wiedererkannt. Jahrelang hat sich eine Identitätslücke aufgetan — wir haben mehrmals darauf hingewiesen —; und jetzt sucht diese Frustration ihre Befriedigung im symbolisch wirksamen Akt des Regierungsaustritts.

Gerade in der Opposition bräuchte es verstärkte Koordination zwischen Parteiorganen und Fraktion: Die bisherige räumliche, organisatorische und finanzielle Trennung zwischen Zentralsekretariat und Fraktionssekretariat hat die Koordination nicht erleichtert und der — manchmal effizienten, aber langfristig gefährlichen — Eigendynamik der Fraktion Vorschub geleistet. Allerdings brauchen wir nicht Maulkorbbeschlüsse und Disziplinierungsmassnahmen, aber viel mehr gegenseitige personelle Vertretungen der Gremien.

Persönliche Schlussbemerkung

Ich habe raumeshalber viele neue Anforderungen an die Partei, namentlich auch an die Sektionen, nicht ausführen können: ich denke etwa an die Mitgliederwerbung, an die Fähigkeit zu Hauswurf-Aktionen bei Abstimmungen, an die finanziellen Erfordernisse. Die

Elemente einer Oppositionspolitik, wie sie hier in der erforderten Kürze nur grob gezeichnet worden sind, wären eigentlich so oder so nötig: für den Fall, dass wir bis 1987 im Bundesrat verbleiben, oder auch, wenn wir jetzt den sofortigen Austritt beschliessen. Hätten wir drei Jahre Zeit, sie vorzubereiten und einzuüben, wären es dannzumal brauchbare Werkzeuge in unserer Oppositionsrolle. Heute sind es eher Ideen und Planspiele, die nicht einmal in die Köpfe aller Geschäftsleitungsmitglieder einzugehen die Zeit fanden.

Die Chancen eines Regierungsaustritts, die ich durchaus auch sehe, werden nicht automatisch zum Erfolg werden. Wer da nicht harte und ausdauernde Knochenarbeit für alle Mitglieder und Parteiebenen vorsieht, der entscheidet verantwortungslos!

Leserecho

Seifenblase geplatzt

Schon längere Zeit habe ich bemerkt, dass die «Rote Revue» leider nicht mehr ist, was sie einmal unter der Redaktion von Gerichtspräsident Lienhard war. Im speziellen hat mich die letzte Nummer enttäuscht. Statt sachliche Kommentare für oder gegen eine Regierungsbeteiligung alles Negativkommentare mit Nuancen über die Wahl von Otto Stich. Er ist der Anlass für diejenigen Kreise, denen die Bundesratsbeteiligung schon längst ein Dorn im Auge ist. Otto Stich sei ein Chauvinist, weil er die Wahl nicht abgelehnt hat.

Ich verabscheue zutiefst die persönlichen Beleidigungen der AZ-Redaktoren über einen lange Zeit im Dienste der Partei stehenden Genossen. Ob Kern-

kraftwerke im Interesse der Arbeiterschaft stehen oder ob sie arbeiterfeindlich sind, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls befürworteten viele sozialistische Parteien Atomkraftwerke. Keine massgebende kommunistische Partei hat sich je dagegen ausgesprochen. Die französischen Sozialisten sind dazu noch für mehr Atomraketen. Im übrigen hat der neue Bundesrat sich m.E. nicht für ein Kernkraftwerk Kaiseraugst ausgesprochen, sondern sich nur geäussert, dass er ein solches Kraftwerk einem Kohlekraftwerk vorziehen würde.

Wie bekannt ist, haben sich 95% der Sektionen (von 1000 Sektionen hatten nur 404 an der Abstimmung teilgenommen. Die Red.) für die Bundesratsbeteiligung ausgesprochen. Man wusste schon im Jahre 1981, dass wir Sozialdemokraten in einer bürgerlichen Regierung sitzen. Wir wussten schon damals, dass im Parlament sämtliche Vorlagen des Bundesrates zerzaust werden. Es war auch schon damals bekannt, dass von der Bundesversammlung geborene Vorlagen nachher in der Volksabstimmung abgetrieben werden. Wenn schon, so hätte man die Konsequenzen vor der Bundesratswahl ziehen müssen, denn es ist kaum anzunehmen, dass das bürgerliche Parlament die Vorlagen einer Frau Uchtenhagen besser honoriert hätte, als es dies mit denen von Otto Stich tun wird. Aus diesen Gründen akzeptiere ich keineswegs die Treibjagd auf unseren neuen Bundesrat, so wenig wie die bürgerliche Hetze gegen Helmut Hubacher. Es ist immer wieder erstaunlich, welcher Selbstzerstörungstrieb unserer Partei innewohnt. Es ist Otto Stich zu verdanken, dass die Partei aus dem Dornröschenschlaf erwacht ist, nur hätte man eben die Bundesratswahl nicht verschlafen dürfen, sondern hätte früher die Konse-